

Weitere 1000 Unterschriften überreicht

BÜRGERBEGEHREN Widerstand gegen Trägerwechsel für Kindergärten

VON JOACHIM SPROTHEN

Zülpich. Das erste Bürgerbegehren, das im Kreis Euskirchen auf die Schiene gesetzt wurde, wird mit ziemlicher Sicherheit nicht zu einem Bürgerentscheid führen. In dieser Einschätzung waren sich am Donnerstag Bürgermeister Albert Bergmann, Sina Krämer und Ester Reinfeld absolut einig.

Die beiden Frauen sind zwei der drei Verantwortlichen für das Bürgerbegehren „Kindergärten sollen städtisch bleiben“. Sina Krämer und Ester Reinfeld waren am Donnerstagmorgen im Rathaus bei Bergmann und Hauptamtsleiter Heinz-Peter Weiß vorstellig geworden, um weitere rund 1000 Unterschriften nachzuliefern, die bis Sonntagabend eingesammelt worden waren.

Laut Ester Reinfeld hatte die Initiative selbst bereits ungültige Signaturen etwa aus Nachbarkommunen ausgesiebt. Dennoch kam eine erstaunliche Zahl zusammen. Mit der Nachlieferung erhöhte sich die Zahl der Unterschriften auf exakt 2661. Es wurden längst noch nicht alle im Rathaus überprüft und erst 1400 für gültig erklärt. Aber es besteht nicht der geringste Zweifel, dass die für das Bürgerbegehren notwendigen neun Prozent aller Wahlberechtigten überschritten wurden. Diese Zahl liegt in Zülpich bei 1520. Der Stadtrat, dessen nächste Sitzung am Donnerstag, 25. April, um 18

Uhr in der Bürgerbegegnungsstätte Martinskirche beginnt, hat es nun in der Hand, ob es zu einem Bürgerentscheid kommt, an dem sich mindestens 20 Prozent aller rund 16 500 Wahlberechtigten beteiligen müssten.

Dabei wäre die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erforderlich, um dem Bürgerentscheid zum Erfolg zu verhelfen. Der finanzielle Aufwand für Überstunden der Rathausmitarbeiter und die Entgelte für Wahlhelfer würde mit rund 15 000 Euro in etwa so hoch wie bei einer Kommunalwahl liegen.

Aber so weit wird es nicht kommen. Der Stadtrat hat in der nächsten Woche zunächst darüber zu befinden, ob er das Bürgerbegehren für zulässig erachtet. Wenn ja, steht die Entscheidung an, ob sich die Politiker der Forderung des Bürgerbegehrens inhaltlich anschließen. Dass der Stadtrat in bei-

den Fällen im Sinne des Bürgerbegehrens votiert und den Entscheid dadurch hinfällig werden lässt, gilt als sicher.

Der Sozialausschuss hatte im Januar der Verwaltung mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP den Auftrag erteilt, zu überprüfen,

„Dass der Stadtrat im Sinne des Bürgerbegehrens votiert und den Entscheid dadurch hinfällig werden lässt, gilt als sicher

ob freie Träger die sieben städtischen Kindergärten bei gleicher Leistung kostengünstiger führen könnten. Das gleiche Gremium wischte diese Option am 12. April einstimmig vom Tisch. Man wolle sich nicht gegen den Elternwillen stellen, hieß es vor gut einer Woche.

Sina Krämer und Ester Reinfeld betonten, dass unnötige Kosten für die Stadt durch einen Bürgerentscheid nicht in ihrem Sinne seien. Am Bürgerbegehren hätten sie aber trotz des jüngsten Beschlusses des Sozialausschusses festgehalten. Schon weil die Mitstreiter sehr viel Arbeit in die Unterschriftensammlung investiert hätten und ein neuer Anlauf – etwa durch den 2014 neu zu wählenden Stadtrat – für die Übertragung an freie Träger nach einem Bürgerbegehren von Gesetz wegen für zwei Jahre ausgeschlossen sei.

Sina Krämer und Ester Reinfeld sagten dem „Kölner Stadt-Anzeiger“, dass es ihnen darum gehe, den Eltern in Zukunft ihre Wahlfreiheit zwischen Waldorfkindergarten, denen in freier Trägerschaft und den städtischen Kitas, von denen jede ein eigenes pädagogisches Konzept entwickelt habe, zu erhalten.



Sina Krämer (von links) und Ester Reinfeld vom Bürgerbegehren „Kindergärten sollen städtisch bleiben“ überreichten Bürgermeister Bergmann und Hauptamtsleiter Weiß weitere 1000 Unterschriften. BILD: SPROTHEN

Kölner Stadt-Anzeiger, Freitag, 19. April 2013